

Schutz, Fürsorge und Förderung

Dietrich Seele sprach über Herausforderungen der EU

Dietrich Seele brachte die Perspektiven der EU auf einen klaren Nenner. Angesicht vieler Unsicherungen in der Welt und der Unterminierung der autonomen Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten durch eine globalisierte Marktwirtschaft sei eine starke, handlungsfähige EU notwendig. Die große Idee von einem geeinten und friedlichen Europa dürfe aber nicht auf die ökonomische Dimension reduziert werden. Die EU müsse mithelfen, die Lebensrisiken der Menschen zu meistern.

In der europäischen Geschichte habe es oft ein Gegenüber von Integration und Ausgrenzung, Menschenrechten und Menschenverachtung gegeben. Allein in den 75 Jahren des Deutschen Reiches 1871 bis 1945 habe Deutschland drei Kriege mit Frankreich und anderen Staaten geführt. Vorstellungen von einem friedlichen und geeinten Europa hingegen habe es schon sehr lange gegeben. Seele wies beispielhaft auf Ideen des franz. Abtes Saint Pierre von 1713 oder auf Kants Schrift „Zum ewigen Frieden“ von 1795 hin, in der er eine Föderation europäischer Staaten als Mittel der Friedenssicherung entwirft. In neuerer Zeit seien es vor allem Europaideen der Widerstandsgruppen gegen Nazi-Herrschaft gewesen.

Seele zitierte Thomas Mann, der den Hang der Deutschen zum „nationalen Rausch“ beklagte. Mit Nationalismus sei kein Problem zu lösen, so Th. Mann bereits 1955.

Seele wies auf die Ursprünge des aggressiven Nation-

Begriffs in der französischen Revolution hin. Nation fasste das revolutionäre Frankreich nach innen zusammen, indem die Feinde der Revolution aus der Nation ausgestoßen und für vogelfrei erklärt wurden.

Friedensbedürfnis, Achtung der Menschenrechte und die Überwindung von Nationalismus, Völkermord, Ausgrenzung werden nach dem 2. Weltkrieg zu den bestimmenden Gründen für die Europäische Union.

Die Europäische Union griff den Reichtum der Europa-Idee auf, die nach mehreren historischen Etappen in den Vertrag von Lissabon 2009 mündete:

„...Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet“.

Der Prozess seit der Gründung der EWG 1958 bis zum Lissabon Vertrag der EU 2009 war immer auch ein Prozess zur Weiterentwicklung der Demokratie innerhalb der EU: Einerseits immer öfter Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat (Staatenkammer) statt Einstimmigkeit und andererseits Ausweitung der demokratischen Rechte des Europäischen Parlamentes (Bürgerkammer). Dazu Erweiterung der EU-Kompetenzen und Erweiterung durch immer mehr Staaten.

Die EU versteht sich auch zunehmend als Antwort auf die zunehmende Globalisierung der Marktwirtschaft. Von einer wirtschaftlichen Souveränität der westlichen Industrienationen könne keine Rede sein. Die großen Konzerne seien transnational verflochten, die Kapitalmärkte international organisiert. Standorte und Investitionen würden im Handumdrehen verlagert, wenn die Investitionsbedingungen anderswo besser schienen. Markt habe sich von den nationalen Souveränitätsgrenzen entfernt. Globalisierter Markt unterminiere die autonome Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten. Die Antwort der EU: Wir müssen unsere Souveränität in Europa teilen, um überhaupt noch politisch handlungsfähig im globalisierten Markt zu sein. Daher sei die Entwicklung interventionsfähiger, transnationaler politischer Strukturen in der EU notwendig, um unregulierte Märkte zu zähmen, globale Konzerne zur Steuermoral anzuhalten, Banken zu beaufsichtigen und schrittweise eine Sozialunion einzuführen.

Wenn wir die Globalisierung gestalten wollen und damit eine faire Weltwirtschaftsordnung erreichen wollen, dann müsse die EU weiter zusammenrücken. Mit Europa könnten wir eine gute Weltgeschichte schreiben, so Seele.

Seele beklagte eine mangelnde öffentliche Diskussion über EU-Fragen, die zudem national zersplittert sei. Die Idee des französischen Staatspräsidenten Macron, die Hälfte der Europaabgeordneten zukünftig durch europäische Listen der Parteien wählen zu lassen, könne

ein wichtiger Schritt für eine grenzübergreifende
Verständigung über Europa sein.

Die EU brauche mündige Bürger, die nach vorn in die Welt
schauen. „Nationalstaatliches Denken und Handeln ist völlig
sinnfrei. In Europa gibt es nur eine Chance, sich der
Entwicklung zu stellen – gemeinsam“. (Ch. Pepper, MT vom
31.12.2013)